

Die Schweiz: ein keimfreies Ressort der puritanischen Stündeler?

(Rede an der DV CVP ZG zur Parolenfassung über die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“, Cham, 23.5.12)

Ich möchte als letzter Referent an dieser DV nicht unbedingt allzu lange werden. Man sollte nämlich immer über alles reden können, aber nie über 2 Stunden eine Versammlung dauern lassen. Deshalb etwas kürzer als gewohnt, aber sicher nicht länger als nötig etwas zu dieser Initiative zum Passivrauchen.

Vier Vorbemerkungen zu dieser Initiative.

Erstens: wenn ich sehe, wie EU Länder derzeit schauen, wie sie den Staatsbankrott vermeiden können, wie in Spanien eine ganze Generation wohl lebenslang arbeitslos wird, wie in den USA die Frage des neuen Präsidenten wichtiger wird, wie in China die Probleme des abnehmenden Wachstums angegangen werden, dann muss man diese Themen mal mit dem Thema vergleichen, das uns hier in der Schweiz jetzt beschäftigt, nämlich der Frage, ob man Passivraucher noch weiter schützen soll. Und dann muss ich sagen, wenn wir keine andern Probleme mehr haben, können wir eigentlich nicht gerade behaupten, uns gehe es nicht gut. Glücklicherweise das Land, das darüber diskutieren, entscheiden und die Zeit dafür hat, ob ein Satz wie, ich zitiere: „Nicht geraucht werden darf in allen Räumen, die als Arbeitsplatz dienen“, tatsächlich in die Bundesverfassung gehören sollen, und das im Namen Gottes des Allmächtigen. Wie sagte mir unlängst der griechische Botschafter: Ihre Probleme lösen wir gern, wenn Sie unsere nehmen.

Zweitens: ich bin kein bekennender, aber aktiver Nichtraucher. Zwei Zigarren pro Jahr sind das höchste der nikotinisierenden Gefühle, gefolgt meistens von einem unangenehmen schalen Geschmack im Mund und Reue in der Seele. Als jemand, der beruflich sich um Kinder und Jugendliche kümmern darf, versuche ich intensiv, sie davon zu überzeugen, dass ihr Selbstbewusstsein nicht vom Marlboro Cowboy oder Camel Man abhängen müsste, mit wechselndem Erfolg. Mir ist es sogar auch unangenehm, wenn ich in einem Restaurant etwas esse, und daneben jemand raucht, oder wenn ich nach einer DV wie der hier in einer Beiz mit so geräucherten Kleidern nach Hause komme, dass meine Frau denkt, ich sei eine Art schottischer Rauchlachs.

Drittens: Es gibt meines Erachtens mehr gute Argumente gegen die Initiative als für sie, zudem sollte man mit wortbrüchigen Initianten nicht zu viel Zartgefühl haben, dazu nachher mehr.

Viertens: Am Ende möchte ich auf eine Tendenz eingehen, wofür diese Initiative nicht das einzige, aber ein sehr typisches Beispiel ist: Die Tendenz, dass wir zunehmend uns von puritanischen Jakobinern wie in der französischen Revolution umzingelt finden, die uns mit allen unvernünftigen Mitteln die Vernunft einprügeln und zu dem erziehen wollen, was ihnen als das richtige Menschentum vorschwebt: brav, vernünftig und unfrei.

Die wichtigsten Argumente gegen diese Initiative:

1. Das geltende Gesetz, erst zwei Jahre in Kraft, bewährt sich. Das Referendum dagegen wurde nicht ergriffen. Im Gegenteil: kaum zwei Wochen war das Gesetz in Kraft, kündete die Lungenliga diese Initiative an und wollte weitere Verschärfungen. Das nennt man Zwängerei. Eigentlich wollen die Initianten eine komplett rauchfreie Gesellschaft. Im Juni wurde eine weitere Initiative lanciert für ein Rauchverbot unter freiem Himmel. Nimmt mich wunder, ob dann Waldbrände auch verfassungswidrig werden und nicht mehr stattfinden.

2. Die Initiative ist ein weiterer Schritt zum Nanny Staat, der alle wie kleine Kinder behandelt und so umsorgt, dass Verantwortung ein Fremdwort wird. Es geht um die Bevormundung aller Bürgerinnen und Bürger. Das geltende Gesetz gewährt einen guten Schutz vor Passivrauchen.

3. Die Initiative schadet der Gastwirtschaft und dem Gewerbe. Das Gesetz, das Fumoirs erlaubt, zwang viele Gaststätten zu Umbauten. Umsatzrückgänge waren zu verzeichnen. Die Raucherei verschob sich auf die Strasse – mit entsprechenden Ruhestörungen. Das ist in Italien kein Problem, in der Schweiz aber hat man doch ein gewisses Recht auf Schutz vor Lärm, vor allem nachts.

4. Die Initiative ist stur und extrem. Die jetzige Lösung ist föderalistisch, ein Kompromiss, und ermöglicht kleinen Gaststätten auf dem Land, flexible Lösungen treffen zu können. Dass die Initianten nicht übermässig mit der Tugend der Toleranz ausgestattet sind, zeigt ihre Kritik am Gesetz: Forderungen wie die Festlegung einer

maximalen Fläche von Fumoirs oder eine gesetzliche Definition, was ein geschlossener Raum ist, sind absurd und weltfremd.

5. Die Initiative ist unehrlich: die Initianten wollen das Rauchen generell, überall und immer verbieten, sie sagen es nur anders, und machen kleine Schritte zu diesem Ziel hin. Die Initianten sagen dass selbst in geschlossenen Fumoirs die Gefährdung von Nichtrauchern gross sei, und unbediente Fumoirs eigentlich auch verboten werden sollten. In der EU ist man auch da schon einen Schritt weiter: man diskutiert dort auch das Rauchverbot für Privaträume.

Wie ist die Situation jetzt? Ich finde, sie trägt allen Seiten genug Rechnung: ich kann in jedem Restaurant entscheiden, ob ich mich umnebeln lassen will oder nicht, und bin überzeugt, ein Lokal, das Essen mit Nikotinrauch verbindet, bleibt nicht lange auf dem Markt. Elf Kantone und Halbkantone lassen als Raucherlokale geführte Lokale zu mit einer Fläche bis 80m². Grundsätzlich sind alle öffentlichen Räume rauchfrei.

In sieben Kantonen haben wir ein komplettes Verbot von Raucherlokalen. Bediente Raucherräume sind nur mit Auflagen zulässig.

Acht Kantone und Halbkantone verbieten alle als Raucherlokale geführten Restaurants und lassen nur unbediente Fumoirs zu.

Jetzt können Sie sagen: das ist ja nicht sehr einheitlich. Ja, das stimmt, aber das ist Föderalismus und die Schweiz, und nicht Staatsdoktrin und die ehemalige Sowjetunion. Wem's hier zu vielfältig zugeht, kann sich problemlos dorthin bewegen, wo die Einfalt regiert.

Das Gefährliche an dieser Initiative ist aber letztendlich etwas, was politisch ungemein schwierig zu bekämpfen ist: man will gesetzlich etwas an sich Vernünftiges regeln. Wir sind uns alle einig: Rauchen ist nicht vernünftig. Aber es gehört nun einmal zu einer freiheitlichen Gesellschaft, dass sie den einzelnen Menschen eben die Freiheit lässt, auch unvernünftiges zu tun – solange es die Freiheit anderer nicht übermässig einengt. Das Bestehende Gesetz schützt genau die andern vor der Freiheit der Rauchenden in einem ausreichenden Mass. Es gibt noch so viele andere Dinge, die eigentlich nicht vernünftig sind, die das Risiko der Selbstschädigung haben, aber und das ist das absolut Entscheidende: der Staat hat nicht

vorzuschreiben, welche Lebensweise vernünftig ist und welche nicht. Die amerikanische Verfassung, Vorbild für den Schweizer Bundesstaat, spricht zu Recht vom absoluten Menschenrecht auf die Verfolgung des Glücks. Aber sie schreibt nicht vor, was Glück ist. Marx, Lenin, alle Diktatoren und Ideologen sind genau deshalb gefährlich, weil sie meinen, das was sie als gut und vernünftig erachten, müsse für alle andern auch gelten. Niemand hier drin ist wohl für das Rauchen an sich, aber hoffentlich eine Mehrheit dagegen, dass wieder ein weiterer Lebensbereich wieder etwas Freiheit verliert.

Diese Politik der kleinen Schritte ist eigentlich das Gefährlichste am Ganzen. Denn der einzelne kleine Schritt ist harmlos, aber ein paar kleine Schritte geben eben auch einen grossen Abbau an Freiheit. Und wir müssen endlich einmal all diesen Leuten, die uns dauernd mit neuen Ideen beglücken wollen, wie wir noch besser in ihren Augen leben sollen, sagen, dass wir davon genug haben.

Unsere Trägheit ist dabei die grösste Gefährdung. Diese führt dazu, dass wir solche Initiativen unterschätzen, weil sie harmlos tönen, weil sie sogar vernünftig tönen, aber eben absurde Resultate liefern. Wir müssen staatliche Beglückungskampagnen eingrenzen, und puritanische Initiativen sowieso. Ihnen allen schwebt die Null-risiko-Gesellschaft vor, in der alles geregelt, die Freiheit und die Selbstverantwortung abgeschafft ist, und alles schön gleichmässig, aber monoton dahinfließt. Man altert dabei keinen Tag weniger schnell, ist einfach etwas braver und normierter als normal.

Diese Nulltoleranz Haltung führt zu Anti-Raucher-Gesetzen, Anti-Alkohol-ab 22Uhr Gesetzen, Nulltoleranz bei allen Unfällen und bei jeder Bewegung über 30Stunden-Km. Auch bei einem Fussmarsch auf Eis hat man bald einmal mit Anwälten zu tun. Autos werden als Geschosse betrachtet. Werbung darf nicht werben, das heisst verführen. Grossmütter dürfen sich nur um ihre Enkel kümmern, wenn sie entsprechend dafür ausgebildet und diplomiert sind. Essen ist nicht mehr einfach Essen, sondern ein generalstabsmässig geplantes Gefecht mit Kalorien, Cholesterin, Model-Figuren, Gewicht und einem Gewissen mit Schuldkomplexen beladen. Die Selbstkasteiung im Fitness-Centner hat Ähnlichkeiten mit dem, was büssende Mönche im Mittelalter mit der Selbstausspeitschung machten. Heute darf man bald einmal nicht zu dick, nicht zu dünn, nicht zu dumm, nicht zu gescheit, nicht zu aktiv, nicht zu ruhig, nicht zu schnell oder zu langsam sein. Alles wird heutzutage immer

einmal zuerst als halb krank bezeichnet und pathologisiert, damit man es nachher mit Massnahmen und Gesetzen umso härter und teurer therapieren und bekämpfen kann. Der Schriftsteller Erich Kästner schrieb einmal zum Jahreswechsel: „Wird es besser? Wird es schlimmer? So fragen wir jährlich. Seien wir ehrlich: Leben ist immer lebensgefährlich.“ Alle diese Zwangsmassnahmen führen dazu, dass ein paar vielleicht etwas länger leben, dafür aber alle recht unglücklich drein schauen.

Die Schweiz war einmal, und ist es meiner Meinung nach immer noch, ein Hort der Freiheit. Dafür sollten wir kämpfen. Deshalb sollten wir auch da für die Freiheit eintreten, wenn es vielleicht nicht so populär ist, wie hier. Wenn wir solchen Initiativen zustimmen, und weitem Verboten und Zwangsmassnahmen, dann ist die Schweiz bald nicht mehr der Hort der Freiheit, sondern ein keimfreies Gefangenennest für puritanische Stündeler. Das will ich nicht, und deshalb lehne ich diese Initiative ab, mit der Hoffnung, sich nachher wieder um die Dinge in der Schweizer Politik kümmern zu können, die ein wirkliches Problem sind.

Gerhard Pfister, Nationalrat CVP ZG